

Berlin, 19.09.2025

Pressemitteilung

Bildungsbündnis setzt starkes Zeichen! Gemeinsam für eine gesicherte Finanzierung der Jugendarbeit in Berlin!

Die Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (LKJ) Berlin e.V. hat mit einem breiten Bildungsbündnis an zivilgesellschaftlichen Trägern der kulturellen, politischen, offenen und queeren Kinder- und Jugendbildung ihrem Ärger Luft gemacht und lautstark den Entwurf des Senats für Bildung, Jugend und Familie für den nächsten Doppelhaushalt kritisiert. Mehr als 150 Menschen sind dem Aufruf der Bündnispartner gefolgt und haben sich am 18.09.2025 vor dem Abgeordnetenhaus vor Beginn der 1. Lesung des Doppelhaushaltes versammelt.

Vor dem Hintergrund, dass es 2026/2027 einen Rekordhaushalt mit zusätzlichen 6 Milliarden Euro geben wird, stellt das Bündnis folgende Kernforderungen auf:

- Bei der Haushaltsplanaufstellung für die Jahre 2026 / 2027 ist dringend dafür Sorge zu tragen, die Angebote der außerschulischen kulturellen, politischen und queeren Kinder- und Jugendbildung zu erhalten, zu stärken und auszubauen. Die Kürzungen der Zuwendungsempfänger aus 2025 müssen zurückgenommen werden.
- Tarifierpassungen und Inflationsrate sind in der Kinder- und Jugendarbeit flächendeckend und einheitlich zu berücksichtigen.
- Wir fordern eine Abkehr von der sogenannten „Projektitis“, eine Umstellung auf institutionelle Förderung, mindestens jedoch 2-Jahresverträge, die mit dem Doppelhaushalt laufen.
- Kulturelle Bildung an und mit Schule - Kooperationen in Verantwortungsgemeinschaft müssen weiterentwickelt und nicht gekürzt werden.
- Inklusion und Diversität sind flächendeckend und gemäß den gesetzlichen Regelungen umzusetzen. Projekte und Träger, die sich mit diesen Themenschwerpunkten beschäftigen, dürfen nicht gekürzt werden. .

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung und Teilhabe, haben ein Recht auf eine breit und gut aufgestellte Kinder- und Jugendarbeit, wie sie auch der Paragraph 11, SGB VIII vorsieht. Dazu gehört offene Jugendarbeit genauso wie kulturelle, politische Bildung. Wenn wir eine starke und gut finanzierte Kinder und Jugendarbeit haben, dann braucht es auch keine Sondergipfel und Hilfspakete.

Mit Redebeträgen auf der Kundgebung waren folgende Organisationen neben der LKJ Berlin vertreten:

- der JugendKulturService gGmbH,
- die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit Berlin,
- die Berliner Jugendbildungsstätten,
- die Initiative Kulturelle Bildung stärken!
- das Jugendnetzwerk Lambda-BB.

**Landesvereinigung
Kulturelle Kinder- und
Jugendbildung
Berlin e.V.**

Koordinationsbüro
Axel-Springer-Str. 40/41
10969 Berlin

Tel.: 030 - 29 66 87 66
Fax: 030 - 29 66 87 70

E-Mail: info@lkj-berlin.de
www.lkj-berlin.de

Steuer-Nr.: 27/671/50216

Bankverbindung:
IBAN:
DE56 3702 0500 0003 3755 00
BIC: BFSWDE33BER

Außerdem kamen junge Menschen zu Wort, um ihre Erfahrungen zu teilen: Eine Freiwillige aus dem FSJ Kultur, deren Einsatzstelle jup! Berlin mitten im laufenden Jahr 2025 gestrichen wurde sowie zwei junge Menschen, die mit den Angeboten der Kreuzberger Musikalischen Aktion (KMA) aufgewachsen sind und dort ein neues Zuhause gefunden haben.

Ausgewählte Zitate aus den verschiedenen Redebeiträgen:

„Wer bei Bildung und Jugendarbeit spart, zahlt am Ende doppelt – gesellschaftlich und finanziell! Kulturelle Bildung, Jugendbildungsstätten, offene, politische und queere Jugendarbeit – all das sind keine „Extras“. Es sind zentrale Pfeiler einer lebendigen Demokratie. Wenn diese Strukturen geschwächt werden, trifft es zuerst die Kinder und Jugendlichen“, so Cornelia Schuster, Leiterin des Koordinationsbüros der LKJ Berlin e.V.

„Kulturelle Bildung ist keine Kür, sie muss Pflichtaufgabe sein. Denn sie ist auch ein Kinderrecht! Das kann man nachlesen im Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention: Kinder haben das Recht „auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben“, sagt Chris Benedict vom WerkStadt Kulturverein Berlin e.V. für die Initiative Kulturelle Bildung stärken.

„Kulturelle Bildung ist kein Luxus, die einfach weggekürzt werden kann. Sie ist eine Investition in die Zukunft dieser Stadt“, so Gunnar Güldner, Geschäftsführer der JugendKulturService gGmbH.

„Wer sich „Regenbogenhauptstadt“ nennen will, muss queere Jugendliche schützen! Wir brauchen keine leeren Worte. Wir brauchen Taten. Wir brauchen die Umsetzung des Aktionsplans für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Wir brauchen sichere Orte, wir brauchen Aufklärung an Schulen, wir brauchen eine verlässliche Finanzierung! Queere Jugendliche haben ein Recht darauf, sicher zu sein. Ein Recht darauf, dass ihre Identität nicht in Frage gestellt wird. Ein Recht auf Bildung ohne Angst vor Diskriminierung“, so Nora Scharffenberg und Mik Freyer vom Jugendnetzwerk Lambda B-B.

Pressekontakt:

Cornelia Schuster

Leiterin LKJ – cornelia.schuster@lkj-berlin.de – fon 296 687 66

David Stachon

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – david.stachon@lkj-berlin.de - fon 296 687 66

Die LKJ Berlin e.V. ist eine fachpolitische Dachorganisation mit knapp 50

Mitgliedsorganisationen. **Mehr Infos** unter www.lkj-berlin.de